

# RS Vwgh 2007/9/13 2004/12/0221

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 13.09.2007

## Index

63/02 Gehaltsgesetz

## Norm

GehG 1956 §58 Abs1 Z6 idF 1977/662;

GehG 1956 §59 Abs1 idF 1977/662;

## Rechtssatz

Gemäß § 59 Abs. 1 GehG gebührt u.a. Lehrern, die mit den im§ 58 Abs. 1 GehG angeführten Funktionen betraut sind, für die Dauer dieser Verwendung eine Dienstzulage. Angesichts des Umstandes, dass der Beschwerdeführer ausdrücklich behauptete, er sei mit den Agenden eines Abteilungsvorstandes betraut worden, hätte sich die belangte Behörde nicht mit der lapidaren Behauptung, der Beschwerdeführer "sei nicht offiziell als Abteilungsvorstand betraut worden" bzw. dass - falls dies ein Begründungselement im angefochtenen Bescheid gewesen sein sollte - "die Letztentscheidung in allen Belangen" immer der Abteilungsvorstand (der Fachabteilung für Datenverarbeitung) gehabt habe, zufrieden geben dürfen, sondern hätte vielmehr ein Ermittlungsverfahren durchführen und Sachverhaltsfeststellungen treffen müssen, aus denen abgeleitet werden kann, ob eine Betrauung des Beschwerdeführers mit der Funktion eines Abteilungsvorstandes bzw. den von ihm behaupteten Tätigkeiten im Sinne des § 59 Abs. 1 GehG erfolgte.

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2007:2004120221.X01

## Im RIS seit

01.11.2007

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>